

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

144 (23.6.1899) Parlaments-Ausgabe

schafft sich gegen den Erwerb ausgesprochen habe, ist falsch. Sie hat sich nicht dagegen ausgesprochen, sondern sie im Gegenteil auf das Allerheftigste empfohlen. (Hört, hört!) Wenn der Verredner zwischen der Erwerbung von Kantonen und dem Ankauf der Karolinen und Mariannen unterscheidet, das Vorhaben in China billig ist und das in der Südsee nicht, so muß ich ihm erwidern: Es läßt sich in der auswärtigen Politik nicht alles über denselben Maßstab schlagen. Man kann in der auswärtigen Politik nicht alles nach einem von vornherein angelegten Maße messen, sondern man muß mit den gegebenen Faktoren rechnen; man muß das einmal so machen und einmal so. Zwischen der Erwerbung in China und der in der Südsee besteht aber doch der innere Zusammenhang, daß wir in beiden Fällen vorsichtig und besonnen vorgegangen sind und unser Ziel erreicht haben ohne Schwereit. Bei der Erwerbung der Kolonien hielten doch auch andere Elemente mit, als nur Erwägungen fiskalischer Natur, wie sie der Verredner über die Zahl der deutschen Bewohner und die auf den Kopf des Einzelnen entfallenden Erwerbungsstellen anstellt; man kann dem Verthe einer Erwerbung nicht bloß nach der Zahl der Quadratmeter und der Einwohnerzahl. Die auswärtige Politik kann nicht bloß betrieblen werden nach dem Standpunkte von Adam Smith; damit wird man Erfolge nicht erreichen. Wenn der Verredner darauf hingewiesen hat, daß sich auf die Mariannen, die ja auch Viehweiden heißen, zahlreiche Depositionen befinden, so erwidere ich daran, daß auch die sich auf Viehweiden und reichen australischen Kolonien herbergewandten sind aus Niederlassungen von Deutschen (Große Heisterkeit) — von Depositionen. Von einer Abwanderung unseres Volkstheils in der Südsee glaube ich nicht gesprochen zu haben; ich habe den Ausdruck Verweilungsbewegung gebraucht, und das dieser zutrifft, läßt sich doch nicht bestreiten. Daß es zu Zuständen auf Inseln kommen wird, fürchte ich nicht, denn ich habe das Vertrauen zu den Beamten, die wir hinstellen werden, daß sie richtig mit den Eingeborenen umgehen werden, daß sie die Inseln verwaltend werden mit praktischem Blick, ohne formalen Schematismus, ohne Haß, mit leichter Hand und weiser Umsicht der Dinge. Daß die Karolinen eine Lumperei seien, hat der verewigte Kaiser Wilhelm nicht in dem Sinne gesagt, wie ihn der Verredner citirte, sondern er hat nur gesagt: Zu Vergleich mit den Kosten, den Gefahren und dem Risiko eines großen Krieges sind die Karolinen eine Lumperei (sohal und sehr gut), und dem gegenüber sage ich, sind nicht nur die Karolinen eine Lumperei, sondern noch manches andere. Und für sich oder für die Karolinen gar keine Lumperei, sondern etwas sehr Gutes. Kaiser Wilhelm verzichtete auf die Karolinen, weil er einen Krieg vermeiden wollte, und außerdem war noch ein anderer Gesichtspunkt für ihn maßgebend: er wollte die Monarchie in Spanien nicht erschüttern. — Die Rede, die der Abg. Dr. Wiener nun eben gehalten hat, habe ich bereits vorher in Gestalt der Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ nach Madrid telegraphirt (Große Heisterkeit) und sie hat dort als argumentum e contrario die günstigste Wirkung gehabt, daß die Vorlage den Karolinen glatt angenommen wurde. (Große Heisterkeit.) Ich bitte Sie nun, und nicht noch in anderer Stunde Schwierigkeiten zu bereiten und den Karolinen nicht beim Eintritt in das deutsche Reich die Thür vor der Nase zuzumachen. (Heisterkeit.) Ich bin überzeugt: Wenn wir die Sache richtig und praktisch anfangen, so wird es uns gewiß gelingen, mit der Zeit noch etwas aus dem neuen Erwerbungen zu machen, und wenn wir Alle unter dem guten Auser schauen werden, dann werden gewiß auch unsere Kinder und Enkelkinder an den Mariannen und Karolinen noch ihre Freude haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Arnim (Rp.): Die Freisinnigen verweisen, die nationale Bedeutung des Erwerbs auf das Gewinnkonto hinzuweisen. (Sehr wahr!) Hier die ideale Seite haben die Herren keinen Sinn. Wenn wir uns auch von übermäßiglicher Freude fernhalten, so erkennen wir doch die Vertheile nach manchen Richtungen hin an. Leider hat uns Herr Bamberger seiner Zeit durch seine Dialektik auch um Samoa gebracht.

Abg. Liebmacht (Soz.): Von Niemandem ist das kein geschäftliches Moment so sehr in die Debatte hineingetragen worden wie von dem Verredner. Es war sehr unvorsichtig, Samoa zu erwähen. Sollten wir Samoa vielleicht erwerben sollen? Unsere verwerfliche Kolonialpolitik zu verteidigen haben wir keinen Anlaß, eine wirkliche Kolonialpolitik ist die, die Australien besetzt hat. Wir haben durch unsere Kolonien in Afrika keinen Vortheil, sondern nur Schmutz und Schande erworben. Ich glaube, der Staatssekretär dankt Gott, wenn er das Wort Afrika überhaupt nicht hört. Ich gebe zu, daß der Erwerb der Karolinen durch einfaches Kaufgeschäft erfolgt ist, wir sind nicht unter irgend einem Vorwand hinweggeführt und haben das Land einfach gekauft, sondern wir haben es ehrlich gekauft, aber ob es ein gutes Geschäft war, das lasse ich dahingestellt. Meine Partei bekämpft prinzipiell alle diese kolonialpolitischen Bestrebungen, die doch schließlich nur eine Basis für die ausschweifenden Plattenpläne bilden sollen. Damit wird Deutschland eine Aufgabe zugewiesen, die es auf keinen Fall erfüllen kann. Wenn sie ein überflüssiges Wort gesprochen ist, so ist es das: „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser.“ Nein, die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Lande. Nichts Sie Ihre Aufmerksamkeit lieber auf die entsetzlichen Schäden im eigenen Lande, wo jeder politisch mißliche Deutsche als vogelfrei angesehen wird! Die Kolonialpolitik hat uns lächerlich und verächtlich gemacht.

Präsident Graf Balckstein: Der Abg. Liebmacht darf nicht sagen, daß die Kolonialpolitik, die die verbündeten Regierungen befolgen, lächerlich und verächtlich ist. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. Liebmacht: Das habe ich nicht gesagt, Herr Präsident, ich habe gesagt, daß die Politik uns lächerlich und verächtlich macht.

Präsident Graf Balckstein: Ich bitte fortzufahren. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. Liebmacht (fortfahrend): Das deutsche Reich ist heute schon ein Zuchthaus. (Gelächter.) Oben hat und unten Pfad, das ist die Lösung der deutschen Kolonialpolitik, die wir verwerten und die sich zusammenfassen läßt in das, was jetzt die Signatur Deutschlands ist, den Zuchthauskurs. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (nl.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs habe ich keine Veranlassung mehr, auf die Rede des Abg. Dr. Wiener einzugehen. Ich möchte nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die weitest größte Mehrheit des Hauses sich von anderen, höheren und größeren Gesichtspunkten bei der Beurteilung der Kolonialpolitik leiten läßt. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit ist seit der Zeit, wo die Samoa-Affäre hier abgelehnt wurde, zu ganz anderen Ansichten gekommen zum Segen für unser Vaterland. Wir brauchen als eine große Kulturmacht die Kolonien, und wir sollen froh sein, daß wir auf friedlichem Wege unsern Besitz erweitern haben. Wir sind erst recht dankbar, daß die geschickliche Vertretung des auswärtigen Interesses gelungen ist, auch die Handelsbeziehungen mit Spanien legendreich zu gestalten. Unsere deutsche Industrie hat das lebhafteste Interesse daran, den bisher latenten Weise bestehenden Zollkrieg mit Spanien zu führen, und ich sehe nicht an, der Vertretung unseres auswärtigen Interesses ganz entgegen dankbar anzukündigen, daß wir neben dem Erwerb des Besitzes auch zu günstigen Handelsbeziehungen gekommen sind. Nun hat der Abg. Graf Ranitz gemeint, daß Spanien ein besseres Geschäft macht als Deutschland, aber darnach sollen wir nicht fragen, sondern in erster Linie darnach, ob wir selbst Vortheile oder etwa Nachteile haben, und da meine ich, kann es unserer Industrie nur dringend erwünscht sein, in bessere Handelsbeziehungen mit Spanien zu treten. Auf allen Gebieten ist durch den Zollkrieg unsere Ausfuhr nach Spanien stark zurückgegangen, und wir sollten froh sein, wenn wir jetzt den verlorenen Absatzmarkt wieder gewinnen. Ich gebe allerdings zu, daß wir jetzt ein schlechteres Geschäft machen, als wir 1893 hätten machen können, denn die Tarife, die wir jetzt bekommen, sind nicht so günstig wie die, die wir damals hätten bekommen können. Aber wir wollen auch das Geringere dankbar annehmen, denn es liegt im Interesse der Industrie, dort neue Absatzgebiete zu schaffen. Meine politischen Freunde legen mit viel besonderem Gewicht darauf, daß durch dieses Handelsabkommen die volle Freiheit, die wir haben wollen, unsere Handelsbeziehungen mit anderen

Staaten zu regeln, in keiner Weise beeinträchtigt wird. Nach der Erklärung der Regierung hoffen wir, daß das der Fall ist. (Beifall.)

Abg. Schröder (fr. Rp.): Wir sind bisher nicht in der Lage gewesen, unsere Kolonialpolitik zu unterstützen, wir hoffen aber, daß die Kolonialleitung sich bemühen wird, die früheren Fehler zu vermeiden. Nach der Erklärung des Staatssekretärs glauben wir, wird in Zukunft so gearbeitet werden, wie es unseren Wünschen entspricht. Der Erwerb der Karolinen ist im Wege des Kaufes erfolgt. Dabei stehen wir diesem Erwerb gegenüber als dem anderen Spanien verbandelt, die Aktion hat sich vor den Augen unserer Regierung nicht in voller Friedlichkeit mit den ganz Europa vollzogen. Würde der Reichstag nicht zustimmen, so würde die Regierung in eine tiefe Lage kommen. (Sehr wahr!) Daß wir mit Spanien in freundschaftliche Beziehungen getreten sind, kann für uns nur von Vortheil sein. Wir sind auch der Meinung, daß unsere Industrie neue Absatzgebiete braucht. Aus diesen Gründen sind wir bereit, die Vorlage anzunehmen. Möge die Verwaltung der Kolonien so sein, wie wir sie wünschen und im Interesse des Reichs für nötig halten.

Abg. Reinhard (nl.) begrüßt den Erwerb der Karolinen mit Freuden. Die Einfuhr spanischer Weine werde nicht so gefährlich wirken, wenn man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Dr. Köstler (Katholikentag, B. d. L.): Die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich der Weinfuhr genügt meinen Freunden nicht. Ein weiteres Meinen besteht darin, daß die weinbauende Bevölkerung durch die Weinfuhr geschädigt wird. Da aber die nationalen Interessen idwelter wiegen als diese Bedenken, so werden wir für die Vorlage stimmen.

Unterstaatssekretär Dr. v. Nichtshofen betont, daß die Weinfuhr nach Spanien nicht ohne Gegenleistung gewährt sei.

Abg. Dr. Kieber (Gr.) glaubt, daß, selbst wenn man die Weinfuhr begünstigt, die Einfuhr spanischer Weine nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Dr. Kieber erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär Dr. v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär Dr. v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Liebmacht erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Liebmacht erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Liebmacht erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staaten zu regeln, in keiner Weise beeinträchtigt wird. Nach der Erklärung der Regierung hoffen wir, daß das der Fall ist. (Beifall.)

Abg. Schröder (fr. Rp.): Wir sind bisher nicht in der Lage gewesen, unsere Kolonialpolitik zu unterstützen, wir hoffen aber, daß die Kolonialleitung sich bemühen wird, die früheren Fehler zu vermeiden. Nach der Erklärung des Staatssekretärs glauben wir, wird in Zukunft so gearbeitet werden, wie es unseren Wünschen entspricht. Der Erwerb der Karolinen ist im Wege des Kaufes erfolgt. Dabei stehen wir diesem Erwerb gegenüber als dem anderen Spanien verbandelt, die Aktion hat sich vor den Augen unserer Regierung nicht in voller Friedlichkeit mit den ganz Europa vollzogen. Würde der Reichstag nicht zustimmen, so würde die Regierung in eine tiefe Lage kommen. (Sehr wahr!) Daß wir mit Spanien in freundschaftliche Beziehungen getreten sind, kann für uns nur von Vortheil sein. Wir sind auch der Meinung, daß unsere Industrie neue Absatzgebiete braucht. Aus diesen Gründen sind wir bereit, die Vorlage anzunehmen. Möge die Verwaltung der Kolonien so sein, wie wir sie wünschen und im Interesse des Reichs für nötig halten.

Abg. Reinhard (nl.) begrüßt den Erwerb der Karolinen mit Freuden. Die Einfuhr spanischer Weine werde nicht so gefährlich wirken, wenn man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Dr. Köstler (Katholikentag, B. d. L.): Die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich der Weinfuhr genügt meinen Freunden nicht. Ein weiteres Meinen besteht darin, daß die weinbauende Bevölkerung durch die Weinfuhr geschädigt wird. Da aber die nationalen Interessen idwelter wiegen als diese Bedenken, so werden wir für die Vorlage stimmen.

Unterstaatssekretär Dr. v. Nichtshofen betont, daß die Weinfuhr nach Spanien nicht ohne Gegenleistung gewährt sei.

Abg. Dr. Kieber (Gr.) glaubt, daß, selbst wenn man die Weinfuhr begünstigt, die Einfuhr spanischer Weine nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Dr. Kieber erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär Dr. v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Staatssekretär Dr. v. Bismarck erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere. Er glaubt, daß die Weinfuhr nicht so gefährlich werden kann, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Abg. Liebmacht erklärt, daß das Weingesetz in den deutschen Schutzgebieten nicht gilt. Für die Schutzgebiete seien die bürgerlichen Rechte, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren einschlieflich der Gerichtsverfassung für maßgebend erklärt worden. Der Reichstag habe die Weinfuhr nicht so gefährlich werden lassen, wie man dementsprechend das Weingesetz abändere.

Präsident Graf Balckstein: Ich bitte fortzufahren. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. Liebmacht (fortfahrend): Das deutsche Reich ist heute schon ein Zuchthaus. (Gelächter.) Oben hat und unten Pfad, das ist die Lösung der deutschen Kolonialpolitik, die wir verwerten und die sich zusammenfassen läßt in das, was jetzt die Signatur Deutschlands ist, den Zuchthauskurs. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (nl.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs habe ich keine Veranlassung mehr, auf die Rede des Abg. Dr. Wiener einzugehen. Ich möchte nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die weitest größte Mehrheit des Hauses sich von anderen, höheren und größeren Gesichtspunkten bei der Beurteilung der Kolonialpolitik leiten läßt. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit ist seit der Zeit, wo die Samoa-Affäre hier abgelehnt wurde, zu ganz anderen Ansichten gekommen zum Segen für unser Vaterland. Wir brauchen als eine große Kulturmacht die Kolonien, und wir sollen froh sein, daß wir auf friedlichem Wege unsern Besitz erweitern haben. Wir sind erst recht dankbar, daß die geschickliche Vertretung des auswärtigen Interesses gelungen ist, auch die Handelsbeziehungen mit Spanien legendreich zu gestalten. Unsere deutsche Industrie hat das lebhafteste Interesse daran, den bisher latenten Weise bestehenden Zollkrieg mit Spanien zu führen, und ich sehe nicht an, der Vertretung unseres auswärtigen Interesses ganz entgegen dankbar anzukündigen, daß wir neben dem Erwerb des Besitzes auch zu günstigen Handelsbeziehungen gekommen sind. Nun hat der Abg. Graf Ranitz gemeint, daß Spanien ein besseres Geschäft macht als Deutschland, aber darnach sollen wir nicht fragen, sondern in erster Linie darnach, ob wir selbst Vortheile oder etwa Nachteile haben, und da meine ich, kann es unserer Industrie nur dringend erwünscht sein, in bessere Handelsbeziehungen mit Spanien zu treten. Auf allen Gebieten ist durch den Zollkrieg unsere Ausfuhr nach Spanien stark zurückgegangen, und wir sollten froh sein, wenn wir jetzt den verlorenen Absatzmarkt wieder gewinnen. Ich gebe allerdings zu, daß wir jetzt ein schlechteres Geschäft machen, als wir 1893 hätten machen können, denn die Tarife, die wir jetzt bekommen, sind nicht so günstig wie die, die wir damals hätten bekommen können. Aber wir wollen auch das Geringere dankbar annehmen, denn es liegt im Interesse der Industrie, dort neue Absatzgebiete zu schaffen. Meine politischen Freunde legen mit viel besonderem Gewicht darauf, daß durch dieses Handelsabkommen die volle Freiheit, die wir haben wollen, unsere Handelsbeziehungen mit anderen

Schrift ab, die wir als die Grundlage für die Forderungen der Regierung betrachten. (Hört! hört! links.) Halten Sie dagegen keine leichten Entwürfe! — Sie fragen immer über den Terrorismus der Arbeiter. Ich gebe zu, daß auch Ausschreitungen bei manchen Streiks vorkommen. Aber kommen diese auf Seiten der Arbeitgeber nicht auch vor. Ist das Vorgehen der Arbeitgeber in dem jetzigen Berliner Streik nicht auch Terrorismus, Herr Staatssekretär? Gerade die Herren vom Centralverband deutscher Industrieller sind Schuld daran, daß solche Vorfälle eingebracht werden, dieselben Herren, die schon seit längerer Zeit einen unheilvollen Einfluß auf unsere Politik ausgeübt haben. Herr Bueck, der Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller, hat unlängst verlangt, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet müsse er jede Gleichberechtigung der Arbeiter und Arbeitgeber ab. Das ist eine Heerei, wenn sie vielleicht auch in etwas feinerer Form ausgesprochen ist. Die Rede des Kaisers in Wiesbaden läßt leider auch erkennen, daß der Kaiser nicht genügend über die gesetzlichen Verhältnisse unterrichtet ist. Es wäre die Pflicht seiner Nähe, ihn darüber dauernd auf dem Laufenden zu erhalten.

Präsident Graf v. Kallstrem: Ich bitte den Herrn Redner, Ausführungen des Kaisers in seiner Rede nicht zu kritisieren. Ich habe das schon früher gesagt und bitte, sich darnach zu richten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Westfale (fortfahrend): Ich darf den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß er die betreffende Weisung seiner Zeit nur bezüglich solcher Reden des Kaisers gegeben hat, deren Vorwurf nicht im „Reichsanzeiger“ oder sonst irgendwie authentisch festgestellt ist. Die Wiesfelder Rede des Kaisers aber ist in den „Reichsanzeiger“ aufgenommen worden, nachdem schon vorher seitens des Wolffschen Telegraphenbureaus eine Veröffentlichung stattgefunden hatte.

Präsident Graf v. Kallstrem: Dann ist das etwas anderes. (Große Heiterkeit.)

Abg. Westfale (fortfahrend): Die Nähe sollten den Kaiser darauf aufmerksam machen, daß die Sachen ein ganz anderes Gesicht bekommen, wenn man die Arbeiter fragt, als wenn man auf die Arbeitgeber hört. (Große Heiterkeit.) Doch der Kaiser aber darauf nicht hingewiesen wird, ergibt sich nicht nur aus der genannten Rede, sondern auch aus der zweiten Rede des Kaisers in Dönhofsden (Worte des Präsidenten) — die gleichfalls im „Reichsanzeiger“ gestanden hat. (Heiterkeit.) Es ergibt sich aber vor Allen aus dieser Vorlage. Wenn man eine Prämie darauf setzen wollte, wie man die Geschäfte der Sozialdemokratie am besten betreiben kann, Niemand würde diese Prämie eher verdienen, als die verbandelten Regierungen wegen dieses Geschehnisses, denn es giebt kein besseres Mittel, als diese Vorlage, die den Stempel der Arbeiterfeindschaft an der Stirn trägt, um die nichtsozialdemokratischen Arbeiter in die Sozialdemokratie hineinzuzwingen. Nun spricht man sogar schon von einer Auflösung des Reichstages im Falle der Ablehnung der Vorlage. Ich glaube das nicht. Es wäre doch eine seltsame Konstellation, wenn in Preußen wegen der Kanalvorlage das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden würde und nun hier auch der Reichstag, weil er die Koalitionsfreiheit nicht antastet, aufgelöst werden sollte.

Minister Westfale: Der letzte Vorredner hat es für nöthig gehalten, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß er damit einen Bruch mit dem Prinzip begangen hat, das in der ganzen gestellten Welt, überall, wo Monarchen bestehen, gewissenhaft beachtet wird. (Widerpruch links.) Für Handlungen der Regierungen ist der Reichskanzler verantwortlich, und an ihn haben Sie sich mit Ihren Vorwürfen zu wenden. — Schon bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung in den Jahren 1890 und 1891, als die Fassung des § 153 in der von uns vorgeschlagenen Form abgelehnt war, hat damals der Handelsminister v. Westfale ausdrücklich erklärt, daß die verbandelten Regierungen nach wie vor an der Abergewinnung festhalten, daß Strafbestimmungen gegen den Zwang, die Arbeit einzustellen, notwendig sind, und daß, wenn der Reichstag bei dieser Gelegenheit die Vorläge der Regierungen nicht annimmt, er in späterer Zeit vor dieselbe Frage gestellt würde. Nun hat in der Zwischenzeit eine große Zahl von Arbeiteransprüchen stattgefunden von großer Ausdehnung und Tragweite, Arbeitsunfällen, bei denen die schwersten Ausschreitungen vorgekommen sind gegenüber den Arbeitwilligen. Man hat ferner gefragt warum man denn nicht die Gewerkspektoren gebildet worden; den Regierungen sind die Gewerkspektoren nachgegeben; es ist Sache der Regierungen, die ihnen nachgegebenen Beamten zu hören, und soweit es für notwendig erachtet, haben sie das getan. (Zuruf: Zu Gegenheit.)

Präsident Graf v. Kallstrem bittet die Jurise zu unterlassen, da man sonst nie fertig würde.

Minister Westfale (fortfahrend): Einer der Gegner der Vorlage ist auch auf den Ausnahmefall im Kohlenrevier zu sprechen gekommen und hat gesagt, daß, worüber man sich so aufregt, sei eigentlich nur eine Summe verschiedener Anderen und Ungelegenheiten. Damit hat der Abgeordnete also die damaligen Ausschreitungen vertheidigt. Wie verhält es sich denn mit diesem Ausnahmefall? Es wurde damals in einer Besprechung der Vorläge vorgeschlagen, im Coarrevier die Arbeit einzustellen, auf allen Gruben wurden die Arbeiter aufgesperrt, die Arbeit einzustellen. Es legten 24 000 Arbeiter an einem Tage mit Kontraktbruch die Arbeit nieder. Die Arbeiter hatten nicht einmal eine Forderung gestellt, sondern eine solche erst im Laufe der Verhandlungen erhoben. Es war also ein völlig frivoler Streik. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen aus der vorliegenden Denkschrift, in welchem Umfang Ungehörigkeiten dabei vorkamen, die Maschinen wurden beschädigt, die Arbeitwilligen mit Steinwürfen bedroht; es wurde auf sie geschossen. Man bedrohte die Kinder der Arbeitwilligen. (Fortgelesener Lärm bei den Sozialdemokraten.) Sind das Alles Kinderereien? Der Ausnahmefall in dem ganzen Gebiet der Industrie zum Stillstand bringen. In einer gedruckten Aufforderung hieß es: „Erlebe Deine Macht! Alle Köpfe stehen still, wenn Dein härter Arm es will.“ (Schallendes Gelächter links.) Der Streik dauerte drei Wochen. Für diese Zeit hatten sich die Bergwerke vorgelesen, nehmen Sie aber einmal an, der Ausnahmefall hätte länger als drei Wochen gedauert; die Kohlenvorräthe wären aufgebraucht, die Kohlen zum Stillstand gekommen. Der Streik hätte sich auf das Ruhrrevier ausgedehnt; die preussischen Eisenbahnen hätten keine Kohlen mehr erlangen können; in großen Städten hätte man die Straßen nicht mehr beleuchten können. — Fragen Sie sich, ob ein solcher Ausnahmefall nicht eine Gemeingefahr wäre. Soweit ist es ja in Deutschland glücklicherweise noch nicht gekommen. (Zuruf: Wozu dann die Vorläge?) Ich verstehe nicht, wie Sie sich weigern können, mit uns in eine Kommissionsberatung einzutreten. Wir schlagen zunächst vor, den § 153 der Gewerbeordnung im Sinne der Vorläge von 1890 auszugestalten, und im Laufe derselben doch darüber Einverständnisse, daß die Ausschüttung, wie Ihnen die §§ 1 und 2 der Vorlage empfehlen, eine rationelle ist. (Gelächter links.) Wir wollen nicht nur Ausschreitungen bei der Ausübung der Koalitionsfreiheit, sondern auch die bei der Arbeit selbst bestrafen. Das ist doch nur konsequent. Diese Paragrafen sind die Hauptstücke. Wenn Sie mit den folgenden Paragrafen nicht einverstanden sind, können Sie sie ja ablehnen. Aber Sie müssen doch wenigstens unsere Gründe prüfen. Nun haben Sie namentlich Anstoß genommen an dem § 8. Aber der Grundgedanke desselben wird wohl bei richtiger Uebersetzung von allen getheilt. Denn wenn wir über gewöhnliche Ausschreitungen besorgen, so ist es doch ganz klar, daß die schweren Ausschreitungen auch härter bestraft werden müssen. Es ist gesagt worden, daß in der Handhabung der Gesetze bisher keine Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herrschte; aber das ist ja gerade der Zweck dieses Gesetzes, daß es in Zukunft auch in dieser Beziehung Parität giebt wird. (Schallendes Gelächter.) So, wenn Sie eine Lücke wissen in dem Gesetz, dann sagen Sie es doch; dann werden wir dafür sorgen, daß sie ausgefüllt wird. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber weniger oft bestraft werden, als die Arbeiter (Lachen bei den Geg.), weil die Arbeitgeber gebildeter sind und sich weniger leicht hinlegen lassen, als die Arbeiter. (Erneutes Lachen bei den Geg.) Denken Sie doch einmal daran, wie es bei einem Streik zu geht, wenn die Streikfasse sich löst und wenn keine Ausschüttung kommt, die wir durch dieses Gesetz verhindern wollen. Bei den Arbeitgebern kommt das doch nicht vor, denn die sind einmal pekuniär besser gestellt und auf der anderen Seite sind Arbeiter weniger mit ihrer Auffassung vereinbar. (Lachen links.) Man weiß nicht, wie wir wollen gegen die Arbeitervereinigungen vorgehen, hätten aber die größte Sympathie für die Arbeitervereinigungen, für die Syndikate die doch die Preise zum Sinken des Konsums in die Höhe trieben. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß diese Vereinbarungen der Unternehmer durchaus günstig gewirkt haben (Lachen und Widerspruch links), insofern sie den Erfolg hatten, daß die Preisentwicklung und die Lohnentwicklung eine gleichmäßige, allmähliche und ruhige war, daß sowohl ein mögliches Ausfallwollen der Löhne, als auch ein mögliches Sinken der Löhne, was die Arbeiter ja am allerwenigsten vertragen können, vermieden wurde. Ich verstehe aber durchaus nicht, daß in der That hier eine große Gefahr vorhanden ist; es können Zeiten kommen, wo die Regierung sich sagt: Nein, so geht es nicht mehr, es geht zu weit, wenn in dieser Weise die Preise in die Höhe getrieben werden und es den Konsumenten unmöglich gemacht wird, zu existieren. Dann müssen wir gesetzgeberische Maßnahmen treffen. Mit diesen Erwägungen haben sich schon die meisten Staaten beschäftigt. In Oesterreich hat man bereits einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet; aber es handelt sich hier um ein Problem der aller schwierigsten Art. Dies habe ich so recht gesehen, nachdem ich einen Einblick in das österreichische Gesetz erhalten habe. Ich habe darin nur eins gefunden, daß es eine gefestigte Waffe bilden kann für einen statischen Ueberblick aller ähnlichen Erscheinungen auf diesem Gebiete. Der Abg. Dr. Geber hat gesagt, daß er nicht grundsätzlich gegen einen Ausnahmefall des § 153 sei, daß aber vorher der § 152 ausgehakt werden müsse. Er will also zunächst die Reichsregierung der Berufvereine, Bildung von Arbeiterkammern, gesetzliche Regelung des Arbeitsnachteiles u. s. w. Aber all dieses geht doch zu den allerwichtigsten Problemen. (Lachen bei den Geg.) Da wäre es doch besser, wenn wir, ehe wir so weit aussehende Pläne durchzuführen, zunächst und zunächst die schweren Schäden zu beseitigen, die doch hier unabweisbar bestehen. Wir dürfen diesen Erscheinungen in unserem sozialpolitischen Leben nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen gesetzgeberisch vorgehen nach beiden Seiten hin, die Ausschreitungen bestrafend und alles das unterstehend, was die Lage der Arbeiter besser kann. (Beifall rechts.)

Präsident Graf v. Kallstrem: Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath hat beim Beginn seiner Rede es für angemessen erachtet, Anmerkungen eines Abgeordneten, welche ich bereits rethorisch hatte, nochmals zu rethorisieren. Das ist ein Verhalten, welches ich jetzt bei den hochverehrten Mitgliedern des Bundesraths nicht loblich war und das ich lobhaft bedauern (Beifall), weil es ja geeignet ist, die Stellung des Präsidenten dem Hohen gegenüber herabzumindern und zu erschweren. (Beifall, stilliger Beifall.)

Handelsminister Westfale: Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht gewesen, das Aussehen des Herrn Präsidenten herabzuwürdigen und die Kritik anzulegen an die Regierungen des Herrn Präsidenten. Ich habe aber gepunktet, meine Kritik berechtigt zu sein, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß ein Redner des Reichstags von einem Brauche abgewiesen ist, der in der ganzen civilisirten Welt als feststehend gilt. Darauf habe ich ein volles Recht.

Präsident Graf v. Kallstrem: Ich bleibe bei dem, was ich vorher gesagt habe. (Beifall, stilliger Beifall.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Dr. Frischer führt gegenüber der Bemerkung des Abg. Westfale über das Urtheil der zweiten Berliner Strafkammer aus, daß er auch von dieser Sache, aber nur aus Zeitungen wisse. So lange also die Urtheilsveränderung der zweiten Berliner Strafkammer nicht vorliegt, könne er nicht glauben, daß dieselbe angenommen habe, das sächsische Oberlandesgericht hätte eine Vorbringenemittel gegen Sozialdemokraten gehabt.

Abg. Hausmann (fortfahrend): Der Thronwörter des Gesetzes steht unter Null, auch durch die kritischen Reden der Regierungsvertreter wird darin nichts geändert. Solche Reden, wie wir sie zuletzt hörten, gehören vielleicht in ein Parlamente mit Dreiklassenwahl, aber nicht in den Reichstag. Der Minister Westfale —

Präsident Graf v. Kallstrem: Ich habe diese Sache von dieser Stelle aus gerügt und es nicht für angemessen erklärt, daß ein Mitglied des Bundesraths die Sache nochmals zur Sprache brachte. Aber ebenso wenig kann ich dies einem Mitgliede des Reichstags gestatten.

Abg. Hausmann (fortfahrend): Ich stimme dem Herrn Präsidenten bei, und dies um so lieber, als er ja selbst die Würde des Präsidenten energisch gewahrt hat. (Heiterkeit.)

Präsident Graf v. Kallstrem: Ich bitte meine Gesandtschaft nicht zu kritisieren und weiter im Zusammenhang, noch im abfälligen Sinne ein Urtheil zu fällen.

Abg. Hausmann (fortfahrend): Es ist klar, daß die Vorlage abgelehnt wird. Sie leidet an dem inneren Widerspruch, daß man auf der einen Seite Ausschreitungen gestatten will, auf der anderen aber unter drakonische Strafen stellen will. Man muß sich um die Rechte der Arbeiter zu verringern. Graf Westfale hat gesagt: neminem laedit qui suo jure utitur, er könnte von seinem Kollegen im Reichstagsamt eines Besseren belehrt werden. Denn hier wird für die Arbeiter ein anderes Recht als für die Arbeiter geschaffen; aber das ist ja gerade der Zweck dieses Gesetzes, daß es in Zukunft auch in dieser Beziehung Parität giebt wird. (Schallendes Gelächter.) So, wenn Sie eine Lücke wissen in dem Gesetz, dann sagen Sie es doch; dann werden wir dafür sorgen, daß sie ausgefüllt wird. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber weniger oft bestraft werden, als die Arbeiter (Lachen bei den Geg.), weil die Arbeitgeber gebildeter sind und sich weniger leicht hinlegen lassen, als die Arbeiter. (Erneutes Lachen bei den Geg.) Denken Sie doch einmal daran, wie es bei einem Streik zu geht, wenn die Streikfasse sich löst und wenn keine Ausschüttung kommt, die wir durch dieses Gesetz verhindern wollen. Bei den Arbeitgebern kommt das doch nicht vor, denn die sind einmal pekuniär besser gestellt und auf der anderen Seite sind Arbeiter weniger mit ihrer Auffassung vereinbar. (Lachen links.) Man weiß nicht, wie wir wollen gegen die Arbeitervereinigungen vorgehen, hätten aber die größte Sympathie für die Arbeitervereinigungen, für die Syndikate die doch die Preise zum Sinken des Konsums in die Höhe trieben. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß diese Vereinbarungen der Unternehmer durchaus günstig gewirkt haben (Lachen und Widerspruch links), insofern sie den Erfolg hatten, daß die Preisentwicklung und die Lohnentwicklung eine gleichmäßige, allmähliche und ruhige war, daß sowohl ein mögliches Ausfallwollen der Löhne, als auch ein mögliches Sinken der Löhne, was die Arbeiter ja am allerwenigsten vertragen können, vermieden wurde. Ich verstehe aber durchaus nicht, daß in der That hier eine große Gefahr vorhanden ist; es können Zeiten kommen, wo die Regierung sich sagt: Nein, so geht es nicht mehr, es geht zu weit, wenn in dieser Weise die Preise in die Höhe getrieben werden und es den Konsumenten unmöglich gemacht wird, zu existieren. Dann müssen wir gesetzgeberische Maßnahmen treffen. Mit diesen Erwägungen haben sich schon die meisten Staaten beschäftigt. In Oesterreich hat man bereits einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet; aber es handelt sich hier um ein Problem der aller schwierigsten Art. Dies habe ich so recht gesehen, nachdem ich einen Einblick in das österreichische Gesetz erhalten habe. Ich habe darin nur eins gefunden, daß es eine gefestigte Waffe bilden kann für einen statischen Ueberblick aller ähnlichen Erscheinungen auf diesem Gebiete. Der Abg. Dr. Geber hat gesagt, daß er nicht grundsätzlich gegen einen Ausnahmefall des § 153 sei, daß aber vorher der § 152 ausgehakt werden müsse. Er will also zunächst die Reichsregierung der Berufvereine, Bildung von Arbeiterkammern, gesetzliche Regelung des Arbeitsnachteiles u. s. w. Aber all dieses geht doch zu den allerwichtigsten Problemen. (Lachen bei den Geg.) Da wäre es doch besser, wenn wir, ehe wir so weit aussehende Pläne durchzuführen, zunächst und zunächst die schweren Schäden zu beseitigen, die doch hier unabweisbar bestehen. Wir dürfen diesen Erscheinungen in unserem sozialpolitischen Leben nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen gesetzgeberisch vorgehen nach beiden Seiten hin, die Ausschreitungen bestrafend und alles das unterstehend, was die Lage der Arbeiter besser kann. (Beifall rechts.)

Präsident Graf v. Kallstrem: Ich kann den Zusammenhang strenger Ausführungen mit der Vorlage nicht erkennen.

Abg. Dr. v. Garsinski (Beifall): Ich will mich auch sehr kurz fassen (Heiterkeit). Wir vereinigen die Bedürfnisfrage nach neuen Strafen, wir wollen die Koalitionsfreiheit nicht antasten.

Abg. Westfale (H.): Für die Arbeiter bleibt die Koalition oft das einzige Mittel, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die mächtige Koalition der Arbeitgeber, des Kapitals, scheidet der zahlreicheren Koalition der Arbeiter gegenüber. Einer Beschränkung des Koalitionsrechts werden wir nicht zustimmen. Wird diese Vorlage Gesetz, so wird nicht der soziale Friede, sondern der soziale Haß gefördert.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf v. Kallstrem theilt mit, daß der Abg. Brodbeck (Süd. W.) sein Mandat niedergelegt hat.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Vertagungsantrag, Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, dritte Lesung des Nachtragsbetrags und der Karolinen-Vorlage. Wahlprüfungen.) Schluß 5½ Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Neuf in Karlsruhe.

Mantel- und Gut-Dieferung.

Die Lieferung von 45 Dienstmänteln und 43 Diensthüten für Kreisräthen und Beamte wird auf Grund der, für die Dienstkleidung der Landrätherrn geltenden Bedingungen in Submissionswege vergeben. Schriftliche Angebote, denen Mantelstoff und Gut-Mantel beige sind, wollen verschlossen und mit der Aufschrift „Mantel- und Gut-Dieferung“ versehen, bis

Montag den 3. Juli ds. Jrs.,
vormittags 10 Uhr,

portofrei auf unserm Bureau eingereicht werden, wo inzwischen auch die Lieferungsbedingungen zur Einsicht anliegen.

Wien, den 16. Juni 1899. 3892.22

Groß, Wasser- und Straßenbau-Inspektion.

Pensionat für Schulkinder.

Gesunde Höhenlage, großer Garten und Spielplatz, nur 4 bis 6 Kinder, sorgfältige Pflege, vortheilhafte Schulverhältnisse am Platze, Uebersetzung der Schulnoten; Fortbildungsfürs für arbeitsfähige Mädchen. Prospekt und Referenzen durch

Paula Cathian,
343.62 **Zebrl & Co.,** Hochstraße 23.

Filiale der Dresdner Bank in Mannheim.

Niederlassungen der Dresdner Bank:
Dresden, Berlin, London, Hamburg, Bremen, Hannover, Nürnberg, Fürth, Bückeburg, Detmold, Chemnitz.

Aktienkapital: 130 Millionen Mark. **Reserven: 34 Millionen Mark.**

Eröffnung von **laufenden Rechnungen** mit und ohne Creditgewährung, sowie von **provisionsfreien Check-Conten.**
Annahme von **verzinslichen Baar-einlagen**, und von offenen und geschlossenen **Depôts.**
An- und Verkauf von Werthpapieren, fremden Banknoten und Geldsorten; Einlösung von **Coupons**, Dividendenscheinen und verloosten Effecten.
Baar-Vorschüsse auf Werthpapiere; **Discontirung** und Einzug von **Wechseln**, Checks etc.
Ausführung von **Büros-Aufträgen** an allen Büros des In- und Auslandes, insbesondere in **Frankfurt a. M., Berlin** und **London**; bei letzteren Plätzen **durch unsere eigenen Niederlassungen.**
Vermiethung von Tresorfächern (Safes) unter Selbstverschluß der Miether in feuerfestem Gewölbe.
Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren und **Versicherung** verlosbarer Effecten gegen **Consvverlust** bei unserer eigenen Versicherungsabtheilung; **Ausstellung von Checks, Tratten und Creditbriefen** auf die Verkehrsplätze in allen Welttheilen. Einräumung von **überseeischen Rembourscredit** auf London etc. 3054.24.2

Badesalze,

Rappenaue, Staßfurt, Seefeld, sowie Arcusnader Witterlange, Nietenadel-Gravill etc. 3269.10.4

Julius Dehn Nachfolger,
Drogerie,
Zähringerstraße 55.

Crème Grollich u. Grollichseife.

Preis 2 Mk.
Schönheit ***
***** des Weibes.**

Weltberühmt sind Crème Grollich und Grollichseife! Jeder Dame zur rationalen Pflege des Teints auf's Wärmste zu empfehlen. Hunderte minderwertige Nachahmungen wurden in den Handel gebracht, indem — alle diese Produkte haben trotz grosser Ankündigungskosten keine Abnehmer gefunden. Grollich-Präparate sind eben nicht zu überbieten. Preis Mk. 2.—. Haupt-Depôt in der Engeldrogerie **Joh. Grollich in Brunn** (Mähren). In Karlsruhe bei **H. Bleier**, Kaiserstrasse 227. 1500.10.8

Gasthaus-Berkauf.

In größerer Oberamtshaus i. württembergischen Oberland mit wohlhabender Umgebung ist ein gut bebautes Gasthaus in günstiger Geographischer Lage um den billigen Preis von **Mk. 50,000** zu verkaufen und gegen eine Anzahlung von **Mk. 10-12,000** je nach Wahl des Käufers sofort zu übernehmen. Monatslicher Bierkonsum 4-5000 Liter ohne Wein und Spiriten. Ankauf: an Gasthausleiter durch das **Südd. Gesch.-und Hyp.-Verm.-Inst. Stuttgart**, Reilstrasse 20. 2097.3.3

Unverkäufliches Graham, Karlsruher Gesundheitszwieback mit Vanille, Sanitätszwieback, Friedrichsdorfer Zwieback.

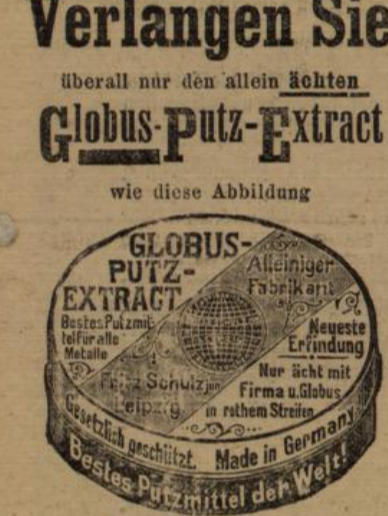
Täglich frisch hergestellt in der Hofbäckerei **Kasper**, Linkenheimerstraße 3. 3368.2.2

Steigerungs-Ankündigung.
Infolge ritterlicher Verfügung werden dem Schmiedmeister Benedikt Rehter zu Karlsruhe am 28.3.2 Samstag den 1. Juli 1899, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle der hiesigen Leopoldschule die nachbeschriebenen Anwesen öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzpreis oder mehr geboten wird.
R. H. B. XV. 2894.
Die beiden an der Wackerstraße dahier unter Nr. 76 und 78, neben dem Wagenbau Friedrich Altmann, anderseits neben Regier. Karl Friedrich Seeger gelegenen vierstöckigen Wohnhäuser samt aller liegenschaftlicher Zugehörte einschließlich des Grund und Bodens, gerichtlich geschätzt zu 75.000 M., fünfundsiebzigtausend Mark.
Die weiteren Steigerungsbedingungen können in meinem Geschäftszimmer, Kaiserstraße Nr. 79, eingesehen werden. Karlsruhe, den 16. Mai 1899.
Großh. Notar: P. B.

Schutttabloden.
In der Schuttwaal hinter der Maschinenfabrik v. m. R. & G. hat sich ein Schutt, jedoch nicht mit organischen Stoffen vermischt, abgeladen. Für die Zweierklasse-Fuhre werden 50 W. vergütet. 3456.6.2
Die Anordnungen des an der Baustelle beschäftigten städtischen Arbeiters ist Folge zu leisten.
Karlsruhe, den 19. Juni 1899.
Städt. Tiefbauamt.

Sofienbad. Sofienstr. 8. b. Sofienstr. 81. b.
Wannen- und Brausebäder I. und II. Klasse, Reform heiße Luft- und Dampfbäder I. und II. Klasse, Wasseranwendungen 3411.1
jeglicher Art und mild (Kneipp). Separate **Wartezimmer**, helle, freundliche und luftige **Kabinette**, größte **Reinlichkeit**, freundliche **Bedienung**, **Gartengenuss**. Täglich geöffnet, Sonntags bis 12 Uhr.
Eine **Senfmühle-Einrichtung** komplett zu verkaufen. Käufer wird angeleitet. Gef. Anfragen im Kontor d. Hl. unt. Nr. 3477.1

Verlangen Sie
überall nur den allein **echten** **Globus-Putz-Extract**
wie diese Abbildung



da viele wertlose **Nachahmungen** angeboten werden. 2562.4.3
Fritz Schulz jun., Leipzig.
Erfinder des Putzextracts.

D. W. Windecker,
Möbeltransportgeschäft, geg. 1884, 24 Zirkel 21
(früher Stephanienstraße 47).
Aufbewahrung ganzer Hauseinrichtungen. Verpackung von Glas, einzelner Möbel, Kunstgegenständen etc.
Um für immer zu vermeiden, bitte auf Vornamen und Wohnung zu achten. 2793.52.5

Kola-Pastillen,
Kola-Bröckchen, Pulver, Tabletten von Apotheker Schoch, Karlsruhe.
Diätetische Präparate, als vorzüglich wirkend gegen Abmagerung nach körperlicher und geistiger Anstrengung. Besondere auch für **Milch- und Touristen, Radfahrer** zu empfehlen. 3198.6.3
In Apotheken und Drogerien, wo dies nicht der Fall, direkt zu beziehen.

Neuen Salzhäring
1899er
in jeder, fetter Ware versch. das Pfd. colli. ca. 45 Stk., M. 3,00 franco
Postnachnahme 3472.5.2
Gustav Klein, Greifswald,
Südingelände.

Singer Nähmaschinen
für jede Branche der Fabrikation wie für jede **Häusliche Nahrung.**
Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltreuf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste und vollständigste Garantie für die Güte unserer Maschinen.
Kostenloser Unterricht in der modernen Kunstnäherie. **Singer Krafttriebs-Einrichtung** neuester Konstruktion. **Singer Elektromotoren** (Spez.) für Nähmaschinentrieb, in allen Größen.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Kaiserstrasse 124.
Frühere Firma: G. Weidinger. 3083.17.7

TROPON
Nahrungs-Eiweiss
1 Kilo Tropon hat den gleichen Ernährungswert wie 5 Kilo Rindfleisch oder 180-200 Eier. Tropon hat bei regelmäßigem Genuss bedeutende Zunahme der Kräfte bei Gesunden und Kranken zur Folge. Bei dem niedrigen Preise von Tropon ist dessen Anschaffung jedem ermöglicht.
Vorrätig in Apotheken und Drogeriegeschäften.
TROPONWERKE
MULHEIM-RHEIN.
3448.-2

Vertreter für Baden: **A. & E. Fischer, Mainz.**

Weinhandlung von W. Kronenwett,
64 Girschstraße 64,
empfiehlt sein reich assortiertes Lager in **Weiss- und Rotweinen.** 3165.6.5
Proben stehen zu jeder Zeit gratis zu Diensten.

Jeder Radfahrer,
welcher unsere Acetylen-Fahrrad-Laterne kauft, erhält eine **Gratis-Unfall-Versicherungspolice.** 3401.10.3
Hörle & Gabler, Zuffenhausen bei Stuttgart.

Ferien-Kolonien für arme kränkliche Schüler der Stadt Karlsruhe.
Wetter Beiträge für das laufende Jahr haben wir erhalten: durch **Medizinrat Bähr** von Amberg 2 M., Gch. Rat Hof 20 M., durch **Konst. Bielefeld** von S. Gerold 20 M., Josef Reiter & Co. 10 M., Frau Witt 10 M., durch **Gesundhandlung Bielefeld** von Frau Adolf Kahn 20 M., Frau Emil Hermann 10 M., G. M. 3 M., Frau Medizinrat Witt 10 M., Dr. Jourdan 10 M., durch **Dr. Doll** von Frau von Warkall 10 M., B. von Ravenstein 20 M., Frau Emil Wilmann 10 M., Legationsrat Dr. Eomb und Kräulein Eob 50 M., Geb. Oberpostamt Hof 10 M., durch **Stadtrat Sändel** von Frau August Kuntel, Buchhändler Wwe., 20 M., der Vogt Koppel zur Freie 20 M.; durch **Oberhofprediger D. Selbing** von W. für St. 10 M., W. G. 10 M., G. M. 5 M.; durch **Generalrat Dr. Hoffmann** von Frau Pauline Gubian 3 M., Frau W. eine Wwe. geb. Vorn 20 M., Frau Gutwira Bietz 20 M., 20 M., Dr. Hoffmann 20 M., Hauptmann R. stie 50 M., Frau G. B. Schmidt Wwe., 5 M., Fräulein Auguste Lange 3 M., Unteramt 30 M., Geb. Rat Watschler 10 M., Anagnant 5 M., durch **Kommerrat Quver** von Kaufmann Emil Birkel 10 M., Kaufmann Gehler 10 M., Privatier Geb. Ober 5 M., Kaufmann Wilhelm Kölig 12 Paar Bantoffel; durch **Geb. Commerzienrat Schneider** von Privatier Rud. Herrmann 10 M., Vordirektor Kahn 20 M.; durch **Hofrat Dr. von S. Fried** von Consul Camil Reichlin 20 M., Knebel Martin 10 M., Dr. G. Fr. S. 10 M., Geb. Rat Schenk 10 M., Geilingerentur Kabitz 10 M., Ungenamt 20 M., G. G. 5 M., W. M. 10 M., Dr. Dreifler 10 M., Oberregierungsrat Dr. Wörstinger 10 M., Frau Staatspräsident Wilmann 3 M., Frau Generalrat Sieb 5 M., Hauptmann von Reibig 6 M., Frau Ad. Rat Säger 10 M., Ministerialrat Hof 10 M.; durch **Stadtschulrat Specht** von Joh. Wademet 3 M., Ungenamt 81 M., G. G. 3 M., Großh. S. 10 M., D. Ammon 10 M., Dr. S. 5 M., durch **Hofapotheker Dr. Ströbe** von Generalrat Kap 5 M., Geheim. Rat Frau 10 M., Frau Karol Gerold 10 M.; durch **Stadtfarmer Wühlhäuser** von A. D. 50 M.; durch **Professor Oedenlein** von Wrs. Endlich 5 M., Frau Landesgerichtsrat Geneheimer 10 M., Ww. W. Schwab 10 M., Dr. Karl Gutmann 10 M., Frau Finanzrat G. 5 M., Frau W. W. 10 M., Katerich Dori 3 M., einige junge G. 10 M., Ungenamt 3 M., Frau Professor Oedenlein 5 M.; durch **Stadtfarmer Rode** von Hofmeister Rant 10 M., Straßkramer 50 Stk. Hute für Knaben und Mädchen; durch **Oberleutnant E. Jäger** von ihm selbst 5 M., Anagnant 1001 M., dazu laut letzter Bekanntmachung 1252 M. 64 Pf. im Ganzen 2233 M. 64 Pf. 3469.1
Wir danken herzlich und bitten um weitere freundliche Gaben.
Karlsruhe, den 18. Juni 1899.
Das Komitee:
Bähr, Medizinrat, Kaiserstr. 223; Bielefeld, Verlagsbuchhändler und Konful, Jahnstr. 22; Brian, Dr., prakt. Arzt, Amalienstr. 93; Doll, Dr., prakt. Arzt, Ritterstr. 26; A. F. Dreier, geb. Reiter, Altkirchstr. 15; Sändel, Stadtrat, Stephanienstr. 37; Selbing, D., Oberhofprediger, Erbprinzenstr. 6; Hoffmann, Dr., Generalrat a. D., Hofstr. 37; Oberpostamt, Bucher, Stadtkonduktor und A. Meiner, Kaiserstr. 135; Schickler, Schneider, Geb. Commerzienrat, Erbprinzenstr. 31; Schmeißer, S. 10; Oberbürgermeister, Karlsruherstr. 10; v. Seyfried, Dr., Hofrat und Hofrat, Welfenstr. 13; Stellvertreter des Vorsitzenden, Specht, Stadtschulrat und Professor, Kreuzstr. 15; Vorsitzender, Ströbe, Hofapotheker, Kaiserstr. 201; Juwelier-Aufseher; Willard, Bauat a. D., u. Stadtrat, Sophienstr. 35; Riegler, Medizinrat, Welfenstr. 74.
Außerdem haben folgende Herren die Güte, Beiträge entgegenzunehmen:
Dr. Appel, Stadt- und Konferenzrath, Kaiserstr. 34a; Bodenlein, Stadtfarmer, Verhfr. 1; Brettle, Wirt, Welfenstr. 80; Brückner, Stadtfarmer, Verhfr. 4; Dr. Ehrhardt, Direktor, Welfenstr. 9; Dr. Gernig, Rektor, Friedenstr. 27; Dr. Köhler, Hofrat, Kriegerstr. 75; Wühlhäuser, Stadtfarmer, Welfenstr. 11; Ordentlicher, Direktor, Sophienstr. 35; Brunnig, Wirt, Erbprinzenstr. 14; Kapp, Stadtfarmer, Erbprinzenstr. 5; Rode, Stadtfarmer, Welfenstr. 2; Treutlein, Direktor, Welfenstr. 15, und alle Herren Oberlehrer der hiesigen Volksschulen.

Mannheim Kaufm. Verein
Central-Stellen-Vermittlungs-Bureau
d. verbünd. k. u. k. Verordnungs- u. d. Platz.
Mitglied des Stellenvermittlungsbüros Kaufm. Verein. Wir empfehlen unsere erfolgreiche Stellenvermittlung.
2 Prinzipien und Geheime.
Einschreib-Gebühr für Nichtmitglieder.
Merk. 1. u. 2. - Bedingungen konsultieren.
44.26.18
Ein **Geometergehilfe**
gesucht von **Gr. Bezirksgeometer** in Pforz. 3485.3.1
Wer schnell u. billigst Stellung finden will, der verlange per Postkarte die Deutsche Vakanzenpost in Pforz. 37.24.12

Spiegel & Wels,
Kaiserstraße 76, Marktplatz,
zeigen den Eingang sämtlicher Neuheiten in:
Anzügen, Saccos, Hosen, Westen
in Lüstre, Leinen, Piqué, Seide und Flanelle und echten **Washstoffen**
für **Herren und Knaben**
ergebenst an. 3412.3.2
Bekannt größte Auswahl und billigste Preise am hiesigen Platze.

Paul Roder,
Wäsche-Ausstattungs-Geschäft,
Kaiserstrasse 136, Karlsruhe, Friedrichsbad,
empfiehlt in jeder Preislage complete 3683.10.7
Braut- und Baby-Ausstattungen
in vorzüglicher Ausführung und billigen Preisen.
Coulante Zahlungsbedingungen. Bei Barzahlung 5% Sconto.

Otto's neuer Motor
aus der Gasmotorenfabrik Deutz,
stehender und liegender Anordnung, in Größen von 1-200 Pferdekräften, für **Gas, Benzin und Petroleum.** 3051.52.4
Ventil-Präzisions-Steuerung.
Ueber 42,000 Motoren mit ca. 170,000 Pferdekräften in Betrieb.
Faas & Dyckerhoff, Mannheim,
Generalvertreter für Baden, Pfalz etc.

Ganz Karlsruhe spricht
von dem vorzüglich schmeckenden, gebrannten **Bruch-Kaffee,**
Per Pfd. 97 Pfg. beim 2593.25.
Chocoladen-Fishel
in der Filiale Waldstraße 41, Ecke Kaiser- und Waldstraße.

Beste Kindernahrung!
Pfund's In Blechdosen mit Patentöffner!
Aeusserst vorteilhaft für **Küche u. Haushalt.**
Vielfach prämiert! **Condensierte** Milch. Vielfach prämiert! 2773.8.6
Dresdner Molkerei
Gebrüder Pfund. **Milch.**
Dresden-N., Bautzner Strasse 79
Zu haben in Karlsruhe: Drogerien Jul. Dehn Nachfgr., Gebr. Jost Nachfgr. und J. Lösch, Delikatessenhandlung Viktor Merkle.

Die **Berliner Börsen-Zeitung**
anerkannt bestunterrichtetes und meist verbreitetes Börsen- und Handels-Fachblatt Deutschlands, zugleich politische Zeitung nationalliberaler Richtung, 12mal in der Woche erscheinend, ladet zum Abonnement auf das 2. Quartal 1899 ein.
Probenummern werden auf Wunsch für die Dauer von 8 Tagen gern gesandt, jedoch nur direct von der Expedition
Berlin W., Kronenstrasse 37.
3998.3.2

Fango-Kuranstalt.
Friedrichsbad Karlsruhe, Kaiserstr. 136.
Lokale Fango-Applicationen gegen **Rheumatismus, Gicht, Neuralgien, Ischias**, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei **chronischen Frauenkrankheiten.** 3199.7.5
Behandlung nach ärztlicher Anordnung.
Im letzten Jahre wurden 887 Anwendungen verordnet.